Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 18. 12. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Axel Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig), Andrea Fischer (Berlin), Michaele Hustedt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/5805 -

Zugang der Zivilgesellschaft zur WTO-Ministerkonferenz in Doha, Katar gewährleisten

A. Problem

Schaffung eines vollständigen, fairen und effektiven Zuganges der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen zur WTO-Ministerkonferenz am 9. bis 13. November 2001 in Katar.

B. Lösung

Annahme des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/5805 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 7. November 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz RiesenhuberVorsitzender

Erich G. Fritz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I.

Der Antrag wurde in der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung dem Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Über den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, auch weiterhin darauf hinzuwirken, dass bei der für den 9. bis 13. November 2001 geplanten WTO-Ministerkonferenz in Doha, Katar ein vollständiger, fairer und effektiver Zugang der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen zu diesem Ereignis ermöglicht wird. Die Bundesregierung soll diesem Wunsch Nachdruck verleihen und sich hierbei um eine gemeinsame Haltung der EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage bemühen.

III.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und für erledigt erklärt.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten in der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 14/5805 – in seiner 66. Sitzung am 7. November 2001 beraten.

Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages – Drucksache 14/5805 – zu empfehlen.

Berlin, den 7. November 2001

Erich G. Fritz Berichterstatter

